



## Pressemitteilung

3. Januar 2015

### „Aktionsprogramm Klimaschutz enttäuscht im hohen Grade“

#### Initiative Atomausstieg Groß-Gerau informiert über die neuesten Pläne zum Klimaschutz

Bei ihrer ersten Sitzung 2015 befasste sich die Initiative Atomausstieg Groß-Gerau mit dem aktuellen Klima- und Energiepaket der Bundesregierung. Am 3. Dezember des letzten Jahres hatte der Wirtschaftsminister seinen „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ vorgelegt, der in das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ der Umweltministerin eingeflossen war. Anlass des mit Spannung erwarteten Programms war die Weltklimakonferenz im Dezember in Lima.

Deutschland kann nämlich seine Zusage nicht einhalten, im Jahr 2020 40 Prozent weniger Kohlendioxid im Vergleich zu 1990 auszustößen. Laut Regierung fehlen 62 bis 82 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, um das Reduktionsziel zu erreichen. Deutschland hätte sich also in Lima blamiert.

Bei der Vorstellung des Plans sprach die Ministerin vom umfangreichsten „Maßnahmenpaket, das je eine Bundesregierung zum Klimaschutz vorgelegt hat“. Doch die Initiative resümiert: „Wer sich die Pläne im Internet ansieht, kann nur im höchsten Grade enttäuscht sein, denn es handelt sich bei den zahlreichen Vorschlägen nur um Lappalien, Prüfaufträgen und Luftbuchungen“. Dazu führt die Initiative eine Reihe von Beispielen an.

So wurde die Ankündigung des Wirtschaftsministers nicht eingehalten, zusätzliche Kohlekraftwerke mit einem Volumen von 22 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> in den nächsten 5 Jahren abzuschalten. Stattdessen heißt es, ein „Konzept müsse erst noch erarbeitet werden“. Kohlekraftwerke sind aber für den erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß stark verantwortlich. Die Initiative befürchtet, „dass der mit großem Presseaufwand angekündigte Plan wieder unter den Tisch fällt“.

Laut Aktionsprogramm trägt „die Nutzung erneuerbarer Energien bereits heute erheblich zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen bei“. Für die Initiative ist dieses Lob aber reiner Hohn, da die letzten Bundesregierungen selbst den weiteren Ausbau begrenzt oder abgewürgt haben.

Genauso „durchsichtig“ erscheint ihr der Vorschlag der steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungen (Hausdämmung), womit 2,1 Mio. t CO<sub>2</sub> eingespart werden sollen. Ein solches Gesetz wurde bereits im Juni 2011 beschlossen, scheiterte aber endgültig im Dezember 2012 im Bundesrat, da die Länder nicht auf die Steuereinnahmen verzichten wollten und konnten. Nun versucht man es

mit einem Trick: So heißt es wörtlich: "Um die jetzige Regelung kostenneutral zu halten, soll die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen beschränkt werden".

Im Verkehrsbereich, wo der CO<sub>2</sub>-Ausstoß extrem hoch ist, soll mit neuen Radwegen, Sprintspar-Kursen für Autofahrer u. ä. eine Reduzierung von bis zu 10 Mio. t CO<sub>2</sub> erreicht werden. „Das ist absolut lächerlich, hier müsste es ganz andere Masterpläne geben“, meint die Initiative. „Die Regierung traue sich nicht, die Industrie zu wirksamen Maßnahmen zu verpflichten, noch wage sie es, den Menschen zu sagen, dass auch individuelles Handeln umgestellt werden muss, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern“. Weitere Informationen bietet die Initiative auf ihrer Website [www.atomausstieg-gg.de](http://www.atomausstieg-gg.de).